

Liebe Leserinnen & Leser,

diesmal geht's um's Geld! Wir berichten von deutschen Gemüsebauern und ihrem aussichtslosen Kampf um auskömmliche Preise mit den Großkonzernen des Lebensmittelhandels.

Im Senf fassen wir eine ganz aktuelle Studie kurz und knapp zusammen, in der es um Banken geht, die viel Geld verdienen, allerdings immer weniger mit der Vergabe von Krediten an Privatleute und Unternehmen. Lesen Sie, welches Krisenpotential laut den Autor*innen der Studie darin steckt.

Dann geht es um eine junge Frau und ihre Mitstreiter*innen, die alle „in die richtige Familie“ geboren wurden und dadurch sehr vermögend sind und deshalb den Staat dazu auffordern, endlich mehr Steuern von ihnen zu kassieren.

Und schließlich brauchen wir Ihr Geld, liebe Kundinnen und Kunden, um eine regionale und ökologische Lebensmittelwirtschaft aufzubauen. Lesen Sie von Bauern und Verbrauchern, die den Kontakt zueinander verloren haben.

„Flower Sprouts“ sind ein Gemüse, gekreuzt aus Rosenkohl und Grünkohl. Schmeckt sehr lecker zu Schupfnudeln. Probieren Sie selbst!

Christina Schneider
Michael Schneider

Dieser Text erschien am 22. Januar 2022
im REUTLINGER GENERALANZEIGER

»BAUERN UND VERBRAUCHER HABEN DEN KONTAKT VERLOREN«

Im Technologiesektor und in der Medizintechnik erleben wir derzeit hautnah, was es bedeutet, vom Weltmarkt abhängig zu sein. Über den Lebensmittelsektor hingegen wird bisher kaum gesprochen, dabei stehen wir auch hier inzwischen kurz davor. Im Fachgespräch „Region verliert an Produktion“ vom 31.12.21 schildert der Kreisbauern-Vorsitzende Gebhard Aierstock eindrücklich und kenntnisreich die Hintergründe. Tatsächlich wäre die Region Neckar-Alb mittlerweile kaum noch in der Lage, die hiesige Bevölkerung im Ernstfall autark mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Wie es dazu kommen konnte, lässt sich gut am Beispiel der Kartoffelernte 2021 veranschaulichen.

Das Jahr 2021 war ein schlechtes Erntejahr. Die Kartoffeln wuchsen zwar, aber bekamen nicht genug Sonne ab und bildeten somit nur kleine Knollen aus. Der Lebensmittelhandel ist an Kartoffeln in unter-Norm-Größe nicht interessiert, und tatsächlich vertreiben sogar die hiesigen Bio-Discounter nur Norm-Ware. Ja,

ALLES BANANE!

Es sind wie immer gerade nicht die südamerikanischen Bäuerinnen und Bauern, die im konventionellen Bananananbau zu den Kostentreibern gehören. Sie sind und bleiben arme Schlucker! Das ist schon seit Jahrzehnten so, und wird jetzt vermutlich noch viel schlimmer. Denn der Bananenpreis gilt bei „preisbewussten“ deutschen Konsument*innen als einer der wichtigsten sogenannten Eckpreise, will heißen: Bananen billig = alles billig. So funktionieren wir! Und das wird sich, nach meiner dreißigjährigen Berufserfahrung, auch nicht ändern. Ich weiß nicht, was passieren muss, damit wir unseren Luxus-Konsum beschränken und faire Preise für die Menschen zahlen, die das produzieren, was wir kaufen. Stabile Bananenpreise lassen sich momentan nur auf dem Rücken der Erzeuger*innen durchsetzen, da es unmöglich ist, dass die Preise in 2022 nicht steigen. Sagt auch ein Logistikexperte der Firma KÜHNE+NAGEL. Es heißt, dass die Frachtabschlüsse für 2022 um bis zu 80 Prozent höher liegen als noch 2021. Das wiederum bedeutet, dass der aktuelle Preis für den Transport höher liegt als für die Ware im Ursprungsland, z.B. Ecuador. Gründe dafür sind die stark gestiegenen Energiepreise und der weltweite Mangel an Transport-Containern. Die stark gestiegenen Energiepreise verteuern außerdem die sehr energieintensive Reiferei der Bananen in Deutschland. Und wenn die Preise im Supermarkt nicht steigen? Was ist dann passiert? Genau, die Bäuerinnen und Bauern aus Südamerika oder anderswo, tragen die Kosten für unseren billigen Konsum!

selbst für die industrielle Weiterverarbeitung konnten die kleinen Kartoffeln vom letzten Sommer nicht verwendet werden, da sie dort nur durch die Maschen der Verarbeitungsmaschinen kullern würden. Viele Landwirt*innen waren daher gezwungen, ihre letzte Kartoffelernte weitgehend unterzupflügen. Ein Jammer, zumal die unbeliebten Kuller-Knollen durchaus für den Verzehr geeignet gewesen wären. Schmerzhaft für die, denen der verregnete Sommer 2021 ja nicht nur bei den Kartoffeln, sondern auch bei den meisten anderen Feldfrüchten massive Ernteeinbußen beschert hatte. Und letzten Endes schade für mich, für meine Freunde und Bekannten, die wir alle lieber die kleinen Kartoffeln vom Acker nebenan gekauft hätten, als die französischen oder italienischen Kartoffeln, die uns der Bio-Supermarkt stattdessen feilbot.

Eine klassische *lose-lose*-Situation also, die im Kleinen zeigt, warum sich die Landwirtschaft nicht mehr so richtig lohnt. Denn das eigentliche Problem mit den unverkäuflichen Kartoffeln war ja nicht der Weltmarkt, nicht die Bundespolitik und nicht das Preisdumping. Das Problem war, dass die Menschen, die die Lebensmittel anbauen, und die Menschen, die die Lebensmittel kaufen, den Kontakt zueinander verloren hatten. Wer das Problem lösen will - und da scheinen sich auch der Kreisbauernchef Aierstock und der Landwirtschaftsminister Özdemir einig zu sein - muss erst einmal wieder viel Vertrauen aufbauen. Wir brauchen also wieder mehr Austausch zwischen den Produzent*innen und Konsument*innen. Die Bäuerinnen, Metzger, Bäcker*innen, alle die Lebensmittel erzeugen, aber auch die Händler*innen, die sie verkaufen und die Kund*innen in der Region müssen wieder zusammenfinden. Das ewige Lamento über Preisverfall und Höfesterben bringt uns da leider nicht wei-

Ein Archiv aller bisherigen Ausgaben gibt's hier:

www.marktlese.de

Noch mehr Neuigkeiten, Fotos & Hinweise auf Veranstaltungen:

www.dermarktladen.de

Jetzt online bestellen. Wir liefern von Montag bis Donnerstag im ganzen Tübinger Stadtgebiet.

shop.dermarktladen.de

IMPRESSUM

DIE MARKTLESE erscheint zweimonatlich und wird herausgegeben von Der Marktladen, Michael Schneider, Vogelbeerweg 4, 72076, Tübingen 07071 56 555 0, redaktion@dermarktladen.de, www.dermarktladen.de
Für den Inhalt verantwortlich: Michael Schneider
Alle Rechte vorbehalten. Druckfehler vorbehalten.

Chefredaktion: Michael Schneider

Lektorat: Franziska List, Hannes Schneider

Druck: Uhl-Media GmbH, Kemptener Straße 36, D-87730 Bad Grönenbach

Druck erfolgt klimaneutral auf 100% Recyclingpapier, chlorfrei gebleicht mit mineralölarmen Öko-Druckfarben und chemie- und wasserfreier Druckplattenherstellung.

DE-ÖKO-006

Titelbild: ©vecteezy.com

KARIN WANZEL

Dipl. Ing. TU München,
Ingenieurbüro für Hygiene und Qualitätsmanagement Reutlingen.
Beratend im Aufsichtsrat bei Xäls eG tätig



ter. Denn, nur wenn wir die Hintergründe unserer lokalen landwirtschaftlichen Produktion verstehen, sind wir auch bereit, den angemessenen Preis für unser Brot zu zahlen (sowie für Käse, Schinken, Rettich).

Was es also bräuchte, wäre eine genossenschaftliche Initiative, die uns alle wieder zu der Schicksalsgemeinschaft macht, die wir ja tatsächlich sind. Und jetzt kommt die gute Nachricht: Diese Initiative gibt es bereits. 2019 wurde Xäls als Genossenschaft gegründet, mit dem Ziel, uns alle wieder an einen Tisch zu bringen. Dafür organisiert Xäls unter Anderem regelmäßige Hofbesichtigungen und Betriebsführungen im Raum Neckar-Alb. Doch noch ist Xäls im Aufbau, die Wirkkraft dieser Genossenschaft ist noch begrenzt. Um der Landwirtschaft und all den kleinen handwerklichen Betrieben tatsächlich eine attraktive Perspektive bieten zu können, braucht Xäls eine breite Basis an Mitgliedern. Es liegt heute in unseren Händen, ob es in 20 Jahren noch Kartoffeln, Butter oder Wurst aus der Region zu kaufen gibt.

– KARIN WANZEL

Besteuer mich!



Marlene Engelhorn, 29 Jahre

Vor einiger Zeit hab ich einen Bericht gesehen über Menschen in Deutschland, die sehr wohlhabend sind und diesen Wohlstand vor allem dem Umstand zu verdanken haben, in eine reiche Familie geboren worden zu sein. Es wurde von Menschen berichtet, die einen nennenswerten Teil ihres Vermögens in verschiedene soziale, ökologische oder kulturelle Projekte investieren. Da fuhr dann die schwerreiche Erbin aus dem Allgäu nach Berlin, um sich die Arbeit eines start-ups erklären zu lassen und darüber nachzudenken, Geld in den Aufbau zu stecken. Das ist ganz ohne Zweifel eine bemerkenswerte Wohltätigkeit im Sinne des Allgemeinwohls! Dieses ist in unserem Land erheblich beschädigt und es stellt sich die Frage, ob es schlau ist, den Ausgleich der Ungleichheitsverhältnisse in unserer Gesellschaft in die Hände wohlthätiger Reicher zu legen. Denn die Lage ist sehr ernst. National wie international.

Der Oxfam-Bericht „Gewaltige Ungleichheit“, der Mitte Januar diesen Jahres veröffentlicht wurde, hat dies überdeutlich gemacht. Unter anderem wurde die globale Vermögensentwicklung seit der Corona-Pandemie ermittelt. Die Ergebnisse sind wirklich schockierend. Auch in Deutschland. Ein Beispiel:

Die zehn reichsten Personen im Land haben ihr Vor-Corona-Vermögen von 144 Milliarden US-Dollar innerhalb von knapp zwei Jahren auf 256 US-Dollar gesteigert. Dies entspricht einem Anstieg von knapp 80%. Allein dieser Gewinnzuwachs von 112 Milliarden Dollar entspricht annähernd dem Vermögen von

40% der deutschen Bevölkerung, also ungefähr 33 Millionen Menschen. Die sogenannte Armutsquote stieg in Deutschland während der Pandemie auf ein Allzeithoch von 16,1% oder 13,4 Millionen Menschen.

Können wir diese Entwicklung der Mildtätigkeit der Reichen und Superreichen überlassen? Ich meine nein. Dies sieht auch Marlene Engelhorn so. Sie ist Nachfahrin des BASF- Gründers. Ihr vieles geerbtes Geld will sie, so kündigt sie es in einem Interview an, zu mindestens 90% abgeben. Gleichzeitig lehnt sie Spenden der Reichen als gönnerhaft ab. Wie passt das zusammen?

Seit Generationen gehört ihre Familie zu den schwerreichen im Land. „Ich wurde in die richtige Familie geboren“ kommentiert sie diesen Sachverhalt. Aber dabei will sie es nicht belassen. „Es gibt Menschen, die mit unglaublichen Vermögen auch unglaubliche Lebenschancen und Macht vererbt bekommen, und dafür, wie ich, überhaupt nichts geleistet haben. Dies ist nicht gerecht. Wir sollten uns dringend darüber unterhalten, wie wir damit umgehen.“ Und auf den Einwand, dass es in einer Leistungsgesellschaft wie der unseren immer soziale Unterschiede gibt, sagt sie: „So ein Unfug! Vier von fünf Menschen, die heute über ein großes Vermögen verfügen, haben es durch eine Erbschaft erhalten. Das hat mit Leistung doch nichts zu tun.“

Durch die ungleiche Verteilung von Geld und Macht sieht sie Grundstrukturen der Demokratie in Gefahr. Deshalb fordert sie neben der eingeführten definierten Armutsschwelle auch eine definierte Reichtumsschwelle. „Darüber ist man überreich, und das gilt es dann ebenso zu verhindern wie Armut, denn beides ist strukturell verknüpft.“ Frau Engelhorn tritt auch der Vorstellung entgegen, dass ihre Vorfahren nur mit harter Arbeit hätten

Marktlese

für regionale Wertschätzer und kulinarische Weltenbummler

Womit die Banken Ihr Geld verdienen



87 | Feb/Mär 2022



Xäls sucht Menschen, die sich für eine gesunde Zukunft einsetzen.

Wir sind Xäls – eine Genossenschaft von Verbraucher*innen, Händler*innen, Arbeiter*innen und Produzent*innen ökologisch erzeugter Lebensmittel. Uns alle eint das Ziel, die regionale Versorgung zu retten: Wir wollen unsere bäuerliche Agrarstruktur, unser regionales Lebensmittelhandwerk und unseren wohnortnahen Handel erhalten. Nur so kann es gelingen, Tiere, Arten, Umwelt, Klima, Kulturlandschaften und nicht zuletzt auch Arbeitsplätze zu schützen. So ermöglichen wir eine enkeltaugliche Zukunft in unserer Region. Wir leben die Genossenschaft als Einladung an alle, die unsere Ziele teilen. Bei Xäls werden Konsument*innen zu Gestalter*innen und Produzent*innen zu Versorger*innen.

Werden Sie Mitglied!

Weitere **Infos zur Mitgliedschaft** unseren **Partnerbetrieben** und einen **Terminkalender** finden Sie auf xaels.de

so erfolgreich sein können. Sie unterstellt vielfältige Rahmenbedingungen wie z.B. die öffentliche Infrastruktur oder unternehmerfreundliche Steuerbedingungen, die den Erfolg stark begünstigt hätten. „Die Gesellschaft sorgt also dafür, dass es den Gründer*innen gut geht. Warum soll der ganze Profit nur diesen zustehen. Keiner ist selfmade, auch nicht mein BASF-Vorfahre.“

Frau Engelhorn gehört zu der Wohlhabenden - Initiative „tax me now“ und fordert mit ihren Mitstreiter*innen u.a. eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und außerdem in Österreich die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer und in Deutschland die Abschaffung „dieser seltsamen Ausnahmen“ bei Schenkungen und Erbschaften. Sie und ihre Mitstreiter*innen bestehen darauf, dass die Umverteilung großer Vermögen über Steuern durchgeführt wird und nicht über Wohltätigkeit der Reichen. „Der Versuch, die Ungleichheit durch gönnerhaftes Charity-Weesen zu beseitigen, ist nur das Streicheln des eigenen Egos. [...] Wir können uns auf deren Wohlwollen und Kompetenz (der Reichen d.Red.) nicht verlassen, und gewählt hat sie auch niemand.“

Auf den Einwand, dass der eingeschlagene Weg von ihr und ihren Mitstreiter*innen ein langer und steiniger werden könnte, mit sehr viel sehr mächtiger Gegenwehr, meint sie: „Hat jemand gesagt, dass es leicht wird? Nö.Müssen wir es trotzdem machen? Auf jeden Fall!“

QUELLEN:

sueddeutsche.de „In meiner Familie redet man nicht über Geld, man hat es“ www.dml.onl/6j

taxmenow.eu

Womit die Banken Ihr Geld verdienen

Auch in der Pandemie gibt es Krisengewinner. Auf der einen Seite zwar Kurzarbeit und wirtschaftlicher Einbruch, auf der anderen dafür Höchststände bei Aktien-, Anleihen- und Immobilienmärkten. Die Covid-Pandemie ist ein Brandbeschleuniger der Vermögensungleichheit. Allerdings ist die Diskrepanz zwischen einer florierenden Finanzwirtschaft und einer stagnierenden Realwirtschaft kein neues Phänomen. Die Autoren einer im Dezember 2021 veröffentlichten Studie mit dem Titel „Der Finanzsektor ist zu groß“ haben recherchiert: „In den letzten 20 Jahren hat sich die Größe des Finanzsektors – gemessen am Gesamtbestand der finanziellen Vermögenswerte – im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung in der Eurozone verdoppelt.“ Nicht nur die schiere Größe wird kritisiert, auch wird die Einschätzung formuliert, dass sich der Finanzsektor zunehmend auf „schädliche Aktivitäten“ verlegt hat. Mehr Wachstum in diesem Sektor führt laut der Autor*innen aber zu mehr Kosten für die Gesellschaft und mindert so den Gesamtwohstand.

Womit verdient der Finanzsektor also sein Geld? Spontan würde man sagen, mit Krediten für Unternehmen und Privatpersonen. Das mag ursprünglich mal so gewesen sein, trifft aber bspw. für die Banken der Eurozone heute nicht mehr zu. 2021 lag laut EZB der Anteil nur noch bei 29.9%. Was machen die also die ganze Zeit mit ihrer Kohle? „Den großen Anteil der sektorinternen Finanzgeschäfte bezeichnen wir als Selbstbeschäftigung des Finanzsektors und stellen die Frage: Welchen Nutzen bringt es, wenn Finanzakteure sich in großem Stil gegenseitig Geld leihen?“ Sie konzentrieren sich also immer mehr auf Geschäfte unter- und miteinander.

Laut der Jahresbilanz 2020 der DEUTSCHEN BANK wurden von ihr weltweite Kredite in einer Höhe von 431 Milliarden Euro vergeben. Nur 100 Milliarden davon gingen in die Realwirtschaft. Was aber in der Bilanz wirklich spektakulär ist, ist die Summe ausstehender Derivate: 32 Billionen Euro. Nun ist der Derivate-Handel, so betonen die Autoren, der überwiegend zwischen den Finanzkonzernen abläuft, nicht grundsätzlich negativ zu bewerten. Aber die radikalen Veränderungen im Derivatemarkt der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, dass sich z.B. der Großteil der Termingeschäfte nicht mehr auf Produkte aus der Realwirtschaft beziehen, sondern auf Finanzinstrumente und Währungen. Auch die EZB berichtet, dass nur 3% der gehandelten Derivatkontrakte mit Betrieben aus der Realwirtschaft geschlossen wurden, 2,2% mit dem öffentlichen Sektor oder der Zentralbank. Fast 95% wurde innerhalb des Finanzsektors abgewickelt. Der Kommentator der Autor*innen: „Auch die Anzahl und Vielfalt der Derivate ist erstaunlich. So waren im ersten Quartal 2021 in

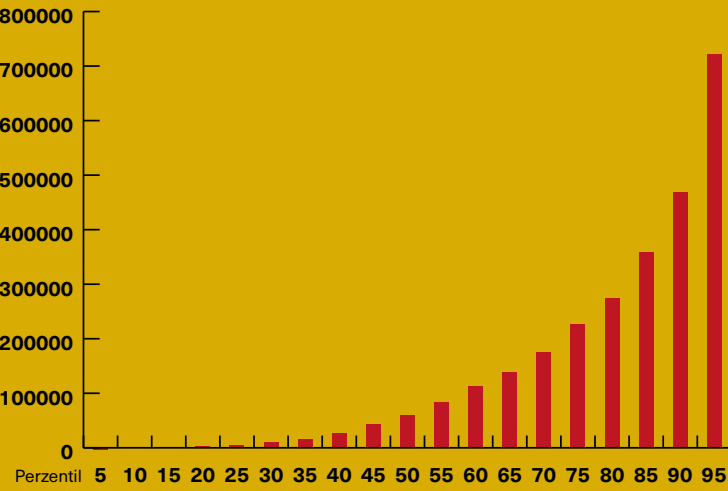
Deutschland mehr als 1,5 Millionen verschiedene Derivate registriert (...) Ein Großteil der Derivate richtet potenziell Schaden an.“

Ein destabilisierendes Phänomen dabei ist der sogenannte Hochfrequenzhandel. Ungefähr 80% des gesamten Aktienhandels der EU wird von Algorithmen abgewickelt, 60% des Aktienhandels in der EU werden im Hochfrequenzhandel durchgeführt. Zu niedrigen Kursen einkaufen und zu hohen verkaufen, oft innerhalb von Nanosekunden.

„Die Gewinne der Hochfrequenzhändler entstehen durch die Ausnutzung marginaler Preisunterschiede auf Kosten anderer Marktteilnehmerinnen, wie zum Beispiel Menschen, die Geld für ihre Rente anlegen (...) Der algorithmische Handel ist ein Paradebeispiel für die Selbstbeschäftigung des Finanzsektors. Er bringt nur wenigen wohlhabenden Finanzakteuren Vorteile, die auf Kosten anderer Akteure Geld abschöpfen. Wollen wir den Wohlstand aller mehren, müssen wir diesen Teil des Finanzsektors schließen“, so das Fazit der Autor*innen.

Diese Abschöpfung von Wohlstand findet außerdem in Form von Verkäufen ungeeigneter, überteuarter, zu komplexer oder zu riskanter Finanzprodukte an Unternehmen oder Privatkunden statt, die viele Unternehmen geschädigt oder sogar in den Ruin getrieben haben. „Einer Studie zufolge verloren deutsche Verbraucher*innen zwischen 2001 und 2010 mehr als 160 Milliarden Euro durch fehlgeleitete Vertragsabschlüsse“

Vermögensverteilung in Deutschland 2016



Erklärung zur Grafik: Die Haushalte sind von links nach rechts nach ihrem Vermögen geordnet. Sie sind eingeteilt in Gruppen, denen jeweils fünf Prozent der Haushalte entsprechen. Die Säulen repräsentieren das höchste Vermögen in der jeweiligen Gruppe.

Quelle: WSI-Verteilungsmonitor 2016

Gleichzeitig gehören die Mitarbeiter*innen im Finanzsektor europaweit zu den Topverdienern. Die DEUTSCHE BANK beschäftigte 2020 684 Mitarbeiter*innen, die die Einkommensmillion überschritten haben. Die Nachrichtenagentur Bloomberg sieht europäische Investmentbanker für 2021 auf die beste Bonus-Saison seit 2015 zusteuern. „Dass die guten Geschäfte auch den staatlichen Hilfen zu verdanken sind, dürfte für viele Banker aber eher zweitrangig sein.“ Der Bonuspool wurde, so ist zu lesen, von vielen Banken ordentlich aufgestockt. JP MORGAN +11%, GOLDMAN SACHS +34%, und die DEUTSCHE BANK + 20%. Der deutsche Primus steht börsenwertmäßig in Europa nur auf Platz 18, gönnt sich aber mit deutlichem Abstand die meisten Einkommensmillionäre. Ein „Bonusbooster für Dealmaker“ nennt das die Nachrichtenagentur. Da wirkt der „bis zu“ 3000.– € Corona-Bonus für Pflegekräfte doch eher bescheiden.

Die Studie weist außerdem darauf hin, dass seit der Finanzkrise 2008/2009 viel zu wenig geschehen ist. Zur Bankenrettung mussten damals 1,6 Billionen Euro in's lichterloh brennende europäische Haus geworfen werden, Andrew Haldane geht von globalen Kosten von bis zu 200 Billionen Dollar aus. „Während die Gewinne privatisiert wurden, wurden die Verluste sozialisiert; sie wurden von der Öffentlichkeit getragen. Dies führte zu einem Fehlanreiz. Die Banken wurden für ihr riskantes Verhalten nicht bestraft, sondern durch Rettungsaktionen aufgefangen.“ Dies wird als „effektives Erpressungspotential des Finanzsektors“ angesehen, welches sich seither „eher noch verschlimmert“ hat. Eine bis heute noch übliche Praxis: 2017 wurde die italienische BANCA MONTE DEI PASCHI DI SIENA gerettet, 2019 die deutsche BANK NORD LB.

Davon profitiert auch das kaum kontrollierbare Reich der Schattenbanken, welches überwiegend aus Geldmarktfonds, Hedgefonds, Investment-Banken und Private-Equity-Fonds besteht. Diese neigen zu riskanteren Geschäften mit höheren Profiten und haben gleichzeitig keine Rückendeckung durch die Zentralbanken. Der Anteil der von Schattenbanken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte in Europa hat sich seit 2002 auf über 54% fast verdreifacht. Die „normalen“ Banken halten 37%, die Zentralbanken die restlichen 9%.

Dazu kommen illegale Aktiengeschäfte wie z.B. „CumCum“ oder „CumEx“, aufgrund derer ein Steuerausfall der öffentlichen Haushalte von 150 Mrd. Euro geschätzt wird. Deutschland ist mit 38 Mrd. Euro ordentlich dabei. Die Panama-, Pandora- und Paradise-Papers haben außerdem gezeigt, dass die Branche ganz dick im illegalen Steuervermeidungssumpf steckt. Eine im Jahre 2018 veröffentlichte Studie geht davon aus, dass ca. 40% der Gewinne multinationaler Konzerne in „Schattenfinanzzentren“ verschoben werden. Im Jahr 2015 schätzungsweise 540 Milliarden Dollar weltweit. Schätzungen gehen davon aus, dass allein in Deutschland 100 Milliarden Euro pro Jahr gewaschen werden.

Durch die Coronakrise haben die weltweiten Aktienmärkte bis zum 23. März 2020 26 Billionen Dollar an Wert verloren. Besonders war der Schattenbankenbereich davon betroffen, da dessen Akteure zu einem großen Teil über den Kauf von „sicheren“ Staatsanleihen ihr Risiko minimieren, welche plötzlich aber gar nicht mehr so sicher waren. Deshalb sprang die EZB ein und kündigte an, dass allein bis Ende 2020 Staats- und Unternehmensanleihen im Wert von 1,85 Billionen Euro aufgekauft werden sollten. Wie gewaltig diese Rettungsaktion war, zeigt sich sehr eindrucksvoll in der Bilanzsumme der EZB: Zwischen 2007 und 2010, also zum Höhepunkt der Finanzkrise, wuchs diese um 813 Milliarden Euro. Allein im Jahr 2021 betrug ihr Wachstum zwischen Februar und Dezember 2.261 Milliarden Euro. Und wieder musste mit unfassbaren öffentlichen Summen u.a. das hochriskante Finanzsystem der Schattenbanken abgesichert werden.

Und auch was die Bekämpfung der Klimakrise betrifft ist die Banken-Bilanz katastrophal. Die INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR (IEA) hat schon vor Jahren festgelegt, dass keine weiteren Investitionen in die Ausbeutung fossiler Brennstoffe mehr fließen dürfen. Trotzdem haben deutsche Banker zwischen 2015 und 2020 eine Billion Dollar in fossile Unternehmen und Projekte gesteckt und damit in eine Branche investiert, die das eingesetzte Kapital sehr wahrscheinlich nicht einmal amortisieren kann. Diese Einschätzung teilt auch ausdrücklich die EZB in einer Stellungnahme im Jahre 2019. „Wie die EZB 2019 feststellte, schaffen Banken auf diese Weise klimabedingt Risiken für die Finanzstabilität – und profitieren zumindest zunächst davon. Diese könnten zu schweren Finanzkrisen führen, unter denen am Ende – wieder einmal – ärmere Bevölkerungsgruppen am stärksten leiden.“ führen die Studienautor*innen aus.

Die Autor*innen kommen zu dem Fazit, dass der Finanzsektor von seiner ursprünglichen Rolle der Bereitstellung von Finanzdienstleistungen zur Finanzierung realwirtschaftlicher Tätigkeiten zu einem Sektor geworden ist, der sich auf das vollkommen unproduktive Abschöpfen von Wohlstand aus der Wirtschaft konzentriert hat und die ungleiche Verteilung der Vermögen weiter verschärft. Dies führt zu sozialen Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft und zur Destabilisierung demokratischer Strukturen. „Eine Studie über Finanzkrisen im Laufe von 140 Jahren ergab, dass sich nach Finanzkrisen der Stimmenanteil extrem rechter Parteien um 30 Prozent erhöht. In ihrer jetzigen Form erscheint die Finanzindustrie als eine Gefahr für die Demokratie. Denn es werden zu viele Risiken eingegangen, die ihrerseits wiederkehrende Krisen heraufbeschwören.“

Die Autor*innen der Studie machen am Ende ihrer Veröffentlichung durchaus umsetzungsfähige Vorschläge, die allerdings den politischen Willen erfordern, endlich etwas gegen das ständige Auseinanderdriften der Vermögen zu unternehmen. Hoffentlich hat die Ampelkoalition den Schuss gehört.

– MICHAEL SCHNEIDER

QUELLEN:

finanzwende.de „Der Finanzsektor ist zu groß“ www.dml.onl/6h

sueddeutsche.de „Investmentbanker erwarten super Bonus-Jahr“ www.dml.onl/6i

Schupfnudeln mit Flower Sprouts



Flower Sprouts sind eine Kreuzung aus Rosenkohl und Grünkohl und dementsprechend knallgesund. Ihre feine Bitterkeit lässt sich gut mit deftigen Aromen kombinieren. In diesem Gericht funktionieren sie wie kleine, saftige „Aroma-Schwämme“.

MENGENANGABE FÜR 2 PORTIONEN

500 g	Schupfnudeln
250 g	Flower Sprouts (alternativ zerteilte Rosenkohl-Röschen oder Brokkoli)
100 g	Chorizo
5 EL	Olivenöl
1 mittelgroße	Zwiebel
1 Zehe	Knoblauch
1 Bund	Petersilie
50 ml	Weißwein
1 TL	Zucker

- Die Schupfnudeln rundherum in etwas Öl oder Butter anbraten bis sie goldfarben sind und beiseitestellen.
- Die Flower Sprouts in kaltem Wasser waschen, die Zwiebel, den Knoblauch und die Chorizo in Würfel schneiden. Die Chorizo in einer zweiten Pfanne 2-3 Minuten scharf anbraten, die Flower Sprouts zugeben und weitere 1-2 Minuten mitbraten, dann die Zwiebeln dazugeben und mitgaren bis sie etwas Farbe bekommen. Zum Schluss kommen Knoblauch, Zucker und der Weißwein dazu. Den Weißwein etwas verkochen lassen und weitergaren bis die Flower Sprouts die richtige Konsistenz haben. Eventuell noch ein wenig Wasser hinzugeben, sodass genügend Flüssigkeit fürs Dünsten vorhanden ist.
- Die Petersilie waschen und fein schneiden. Zu den Schupfnudeln geben und sobald der Kohl gar ist, beides zusammenmischen.

die Randnotiz

»Regional« als Qual

Aus den Mediadaten 2022 der Zeitschrift „top agrar“ lässt sich herauslesen, dass sie die wichtigste Fachzeitschrift für Landwirt*innen und Gärtner*innen im deutschsprachigen Raum ist. Weiter wird berichtet, dass circa 72 Prozent der Leser*innen einen Betrieb mit 100 Hektar oder mehr bewirtschaften. „top agrar“ wird also eher von den Betriebsleiter*innen gelesen, denen die bisherige Politik eine landwirtschaftliche Zukunft zutraut.

Dabei lässt ein Bericht vom November 2021 aufhorchen. Hochgekocht wurde ein ziemlich verborgenes, aber überaus brisantes Thema. Das Bundesstatistikamt meldete, dass die Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus im September um 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen seien. Irgendwie nicht besonders spektakulär, oder? Trotzdem ist einem der Kragen geplatzt. Einem Gemüsebauer aus der Nähe von Lübeck. Der 49-Jährige bewirtschaftet über 300 Hektar Land. Davon

50 Hektar Erdbeeren, 60 Hektar Zucchini, 40 Hektar Lauch, 20 Hektar Möhren und 130 Hektar Getreide. Kurz zur Einordnung: Unsere beiden regionalen Bioland-Gärtnereien bewirtschaften zusammen knappe 25 Hektar Fläche.

Der Betriebsleiter, der anonym bleiben will, warnt, dass der deutsche Gemüsebau unter den aktuellen Produktionsbedingungen nicht mehr lange überleben wird. Schuld sind seiner Ansicht nach die ruinösen Lieferbedingungen bei den großen Handelsketten.

Er rechnet vor, dass er für Lauch maximal 55 Cent pro Kilo erzielen kann. Seine Kosten für die Produktion würden aber aktuell bei 75 Cent pro Kilo liegen. Unterstellt man die (aus der Agrarstatistik) Erntemenge von durchschnittlich 40 Tonnen pro Hektar und betrachtet die bewirtschaftete Fläche, muss er aktuell also im Jahr an die 320.000.– Euro drauflegen, allein beim Lauch! Er beklagt nicht nur die ruinösen Preise, sondern auch die Handelsbedingungen, die sich die Großkonzerne des Handels ausdenken. So gibt der Lebensmitteleinzelhandel dem Bauern vor, dass er die Ware in sogenannten 5 Kilo-Europoolkisten liefern muss. Also der Erzeuger muss die Kisten bezahlen und den Lauch darin verpacken. Nun erheben die Händler eine „Abnutzungsgebühr“ von bis zu 70 Cent pro Kiste. Aber nicht der Bauer als Besitzer bekommt die Gebühr, er muss sie bezahlen! Und das ist noch nicht alles: Der Kaufpreis für eine Kiste beläuft sich auf bis zu fünf Euro. Diese werden aber nicht vom Handel zirkuliert, sprich wenn man eine liefert, nimmt man auch wieder eine mit, sondern die Kisten müssen zwischengelagert werden. Dafür wird eine „Bewegungsgebühr“ berechnet und für das Stapeln und Einlagern der Kisten werden außerdem bis zu 1 Euro „Gebühr“ fällig.